

Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft**Bericht von der 15. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) vom 4. bis 5. September 2006 in Reykjavik, Island**

An der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz nahmen neben dem Vorstandsmitglied Ursula Arnold-Cramer als Delegationsleiterin die Abgeordneten Martin Günthner (SPD), Karl Uwe Oppermann (CDU) und Dirk Schmidtman (Bündnis 90/Die Grünen) teil. Die Konferenzteilnehmer wurden von der Präsidentin des isländischen Parlamentes, des Althingi, Frau Sólveig Pétursdóttir, begrüßt, die einleitend hervorhob, dass Island über die Nordische Dimension politisch mit dem Ostseeraum verbunden und der Zustand der Meere für ihr Land insbesondere wegen der Fischbestände von vitaler Bedeutung sei.

Auf der Konferenz wurden die Themen

1. Zusammenarbeit im Ostseeraum,
2. Ozeane und Meere,
3. Politik der Nördlichen Dimension

beraten.

Die Konferenz beschloss einstimmig die in der Anlage beigefügte Resolution.

1. Zusammenarbeit im Ostseeraum

Der Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz liegt bislang keine formelle Vereinbarung zugrunde. Stattdessen findet die Zusammenarbeit – wie zum Beispiel bei der Arbeitsgruppe über Eutrophierung – praktisch statt und wird als ausreichend erachtet.

Der Ständige Ausschuss traf seit der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz fünfmal zusammen. Die Finanzierung des Sekretariats wurde zwischenzeitlich gesichert. Nachdem bislang der Nordische Rat die Kosten übernommen und das Gastgeberland für die jeweilige Konferenz die Kosten getragen hatte, werden sich künftig mit einer Ausnahme alle teilnehmenden Parlamente an den Kosten beteiligen. Die Politik der Nordischen Dimension, der Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Island, Norwegen und Russland hat sich bewährt und im Laufe der zehn Jahre ihres Bestehens an Bedeutung zugenommen.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Ostseeraum wurde dafür plädiert, die Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz auch in den einzelnen Parlamenten umzusetzen und sodann im Ständigen Ausschuss über die Ergebnisse zu berichten.

In diesem Zusammenhang wurde insbesondere auf das Problem des Frauenhandels im Ostseeraum hingewiesen und die Notwendigkeit des weiteren Einschreitens gegen die Korruption betont.

Die Konferenzteilnehmer sprachen sich unter Hinweis auf das im Jahr 2005 in Vilnius erarbeitete Memorandum für ein formelles Dokument über die Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz zur Erleichterung der Zusammenarbeit im Ostseeraum aus. Der Ständige Ausschuss wurde gebeten, erneute Verhandlungen zum Abschluss einer derartigen Vereinbarung aufzunehmen. Eine Zusammenarbeit im Ostseeraum wird vor allem aus

ökologischen und ökonomischen Gründen für sinnvoll erachtet, zumal dieses Thema in dem von der Europäischen Union erarbeiteten Grünbuch behandelt wird.

Der von Russland ohne Rücksprache mit der polnischen Seite gesperrte Zugang zur Weichselbucht wurde insbesondere kurz vor der Eröffnung der Touristensaison und wegen der Beeinträchtigung der Fischerei als unangemessene Beeinträchtigung für Polen kritisiert.

Des Weiteren wurde seitens des stellvertretenden Vorsitzenden des Petersburger Parlamentes die Forderung erhoben, Abgeordneten aus Weißrussland künftig einen Beobachterstatus auf der Ostseeparlamentarierkonferenz einzuräumen, zumal die Europäische Union für Weißrussland der Haupthandelspartner sei. Geografisch gehöre Weißrussland ebenso zum Ostseebecken wie die Ukraine, die bereits einen Beobachterstatus besitze. Er wies ferner darauf hin, dass auf dem Meeresboden der Ostsee seit dem Ende des zweiten Weltkriegs Waffen und insbesondere chemische Waffen lagerten, die eine große Gefahr für die Umwelt zur Folge haben könnten. Die Beziehungen zwischen den Parlamenten müssten weiter entwickelt werden; vorbildlich sei das Verhältnis zwischen dem Petersburger Parlament und der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg.

2. Ozeane und Meere

Der zweite Abschnitt wurde eingeleitet mit einem Vortrag über die europäische Meerespolitik. Dabei stellte der Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft, Bernt Röder, fest, dass trotz der wichtigen Rolle der Meere und Küsten für Europa, eine gemeinsame Meerespolitik der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten bislang nur marginal entwickelt wurde. Im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes müssten ökonomische Wachstumsraten erzielt und Umweltprobleme gelöst werden – entsprechend dem Ziel des im Juni 2006 vorgelegten Grünbuches der Europäischen Union über die künftige Meerespolitik. Ganzheitlich und sektorübergreifend müsste danach die Integration der drei Prioritäten „Wirtschaftswachstum, sozialer Wohlstand und Umweltschutz“ in einem neuen politischen Ansatz verwirklicht werden. Die „Gesundheit“ der Ostsee mit ihren Küstenregionen sei die Lebensgrundlage für viele Menschen, und nur mit einer nachhaltigen Meerespolitik werde sich diese erhalten und sinnvoller nutzen lassen. Allein in Deutschland seien rund 300.000 Menschen in der Hafenwirtschaft und im maritimen Dienstleistungssektor tätig. Doch kaum ein anderer Wirtschaftszweig müsse sich im gleichen Maße dem globalen Wettbewerb stellen wie die maritime Wirtschaft. Daher seien verlässliche europäische und internationale Rahmenbedingungen erforderlich. Auch die norddeutschen Küstenländer seien dabei, eine gemeinsame Stellungnahme zu dem Grünbuch zu erarbeiten, welche sich derzeit noch im Abstimmungsprozess befindet.

Der Vorsitzende von HELCOM sprach über den Ostseeaktionsplan. Dieser bereits im Jahr 2005 entwickelte Plan soll im November 2006 in Warschau angenommen werden. Die ökologischen Ziele für den Ostseeraum müssten definiert und umgesetzt werden. Dafür sei die Unterstützung aller Parlamente der Nordischen Dimension erforderlich. Besonders hob er die Rolle der Russischen Föderation bei der Umsetzung hervor.

Ein Vertreter des isländischen Meeresforschungsinstituts erläuterte den Zusammenhang von Treibhausgasen und dem Ökosystem des Meeres. Insbesondere setzte er sich mit dem Einfluss des CO₂-Gehaltes in der Atmosphäre und dessen Einfluss auf die Meere auseinander. Vor allen Dingen bei starkem Wind und Sturm werde das CO₂ in der Luft vom Wasser aufgenommen. Ein Anwachsen des CO₂-Gehaltes habe einen negativen Einfluss zum Beispiel auf bestimmte Korallen- und Planktonarten.

Ein Abgeordneter der russischen Staatsduma warnte in seinem Vortrag über die ökologischen Probleme der Ostsee davor, dass die in der Ostsee nach dem zweiten Weltkrieg versenkten chemischen Waffen zerfallen könnten. Er forderte die daran beteiligten Länder auf, die erforderlichen Informationen über die Lagerstätten zu erteilen, damit diese untersucht werden könnten. Die technischen Voraussetzungen für eine ständige Überwachung seien gegeben, es fehle alleine der politische Wille, um dies umzusetzen. Er wies darauf hin, dass die geplante Ostseegaspipeline, die Lagerstätte von chemischen Waffen nicht berühren würde.

Dennoch würden alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden, um Umweltschäden zu vermeiden.

Der Vorsitzende der vom Ständigen Ausschuss eingesetzten Arbeitsgruppe „Eutrophierung“, trug vor, dass sich diese bislang dreimal getroffen habe und einen Abschlussbericht 2007 in Berlin vorlegen wolle. Die vermehrte Nährstoffeinleitung in die Ostsee führe zu einer Vermehrung von Algen, zu Sauerstoffverringerung und Fischsterben. Einige Algen seien sogar giftig. Die Agrarpolitik der Europäischen Union habe einen starken Einfluss auf diese Bedingungen. Es solle daher eine Initiative gestartet werden, im Frühling 2007 die Landwirtschafts- und Umweltminister zusammenzurufen, um dieses Problem anzugehen. Es wäre hilfreich, wenn HELCOM die Arbeitsgruppe zu einem Treffen einladen würde.

Über das isländische System des Fischereimanagements berichtete ein Vertreter des isländischen Fischereiministeriums. Er trug vor, dass die 1.350 isländischen Fischerboote jährlich 1,7 bis 2,1 Millionen Tonnen Fische fangen. Ihr Marktwert betrage ca. 2 Milliarden \$ und sei für die isländische Wirtschaft von großer Bedeutung. In der anschließenden Diskussion äußerten sich einige Sprecher kritisch über die geplante Gaspipeline in der Ostsee. So meinte ein Vertreter des Nordischen Rates, dass im Hinblick auf die sensible Umwelt eine alternative Landpipeline geprüft werden sollte.

Der Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnies bemerkte dazu, dass es sich bei der Verlegung der Pipeline um ein privatwirtschaftliches Engagement handelt, das sich an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten habe.

Der Informationsprozess zu diesem Vorhaben habe sich im Laufe der Zeit verbessert und es sei auch klar, dass die Länder zustimmen müssten, deren Festlandsockel berührt werde.

Eine Abgeordnete des Parlaments der Ålandinseln setzte sich dafür ein, dass für alle Meeresfahrzeuge ein Verbot bestehen müsse, Abfälle in der Ostsee zu entsorgen. Es sei nicht einzusehen, dass Entsprechendes für einzelne Bewohner an der Küste oder auf den Inseln gelte, nicht aber für die Nutzer kleiner Schiffe. Ein Abgeordneter plädierte dafür, die Fristen zur Stellungnahme zum Grünbuch der Europäischen Union um etwa einen Monat zu verlängern. Dann könnte auch noch die von der Ostseeparlamentarierkonferenz im August 2007 getroffene Entscheidung berücksichtigt werden.

3. Politik der Nördlichen Dimension

Ein Vertreter des finnischen Außenministeriums sprach über die zunehmend fruchtbare Zusammenarbeit der Nördlichen Dimension. Dieses Konzept lenke die Aufmerksamkeit der Europäischen Union auf Nordeuropa. Die Nördliche Dimension sei aber nicht nur ein theoretisches Konzept, sondern habe auch praktische Projekte gefördert, die insbesondere der Umwelt zugute kommen. Ein besonders gelungenes Beispiel sei das Süd-West-Klärwerk in St. Petersburg. Vorgesehen seien auch nukleare Säuberungsprojekte auf der Kola-Halbinsel. Er räumte aber ein, dass es auch Vorhaben gäbe, die weniger geglückt seien. Er nannte das Konzept der gegenseitigen Abhängigkeit, nämlich die Nutzung der Ostseehäfen. Dies habe lediglich dazu geführt, dass Russland seine Häfen selbst stark ausgebaut habe. Er nannte verschiedene Bereiche von der Bildung bis zu Energiefragen, mit denen sich die Nördliche Dimension beschäftige. Bei den einzelnen Projekten ist es die Praxis, durch geringe finanzielle Mittel die Aufnahme von Krediten zu ermöglichen, durch die die einzelnen Vorhaben finanziert werden könnten.

Eine Abgeordnete des Europaparlaments aus Großbritannien trug vor, dass es eine gut besuchte Debatte im Europäischen Parlament zur Nördlichen Dimension gegeben habe. Sie meinte, dass die Nördliche Dimension kein geschützter Raum sein dürfe und die Nachbarregionen wie zum Beispiel die Arktis nicht aus den Augen verloren werden dürften. Es sei daher zu begrüßen, wenn sich die Nördliche Dimension dem Arktischen Raum zuwenden würde. Die Nördliche Dimension sei nicht nur ein Raum für Minister, sondern auch für Parlamentarier. Diese könnten Rat und Kommission zur Rechenschaft ziehen.

Ein Vertreter des russischen Außenministeriums äußerte sich demgegenüber kritisch zur Nördlichen Dimension: Russland würde insbesondere von der Europäischen Union nicht angemessen als Partner behandelt.

Er könne den Mehrwert der Nördlichen Dimension nur schwer erkennen, weil viele Projekte auch ohne sie auf den Weg gebracht worden seien. Die Nördliche Dimension müsse daher eigene Projekte schaffen, die eine eigene Bedeutung hätten. Ein Vertreter des Ostseerats hielt dem entgegen, dass die Nördliche Dimension es mit ihren Projekten ehrlich gemeint habe. Diese seien im Bereich der Umwelt vor allen Dingen in Nord-West-Russland erfolgreich gewesen. Verbesserungen müsste es allerdings auf den Gebieten Gesundheit und Soziales geben und denen müsse man sich nun zuwenden.

Der Generalsekretär von BASTUN (Baltic Sea Trade Union Network) sprach über die soziale Dimension und den Arbeitsmarkt der Nördlichen Dimension. Seine Organisation vertrete zwölf Millionen Mitglieder im Ostseeraum. Er kritisierte, dass Arbeitsmarktfragen bislang keinen Platz hätten; dies gelte zum Beispiel für Maßnahmen gegen Sozialdumping oder für die Schaffung von guten Arbeitsplätzen. Die Staatsangehörigkeit dürfe bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen in einem Lande nicht von Bedeutung sein.

Der polnische Vize-Minister für Arbeit und Soziales, Kazimierz Kuberski, führte zu dem Thema aus, dass das Jahr 2006 das europäische Jahr der Freizügigkeit sei. Diese habe in Europa und im Ostseeraum eine lange Tradition und sei lediglich durch den Kalten Krieg unterbrochen worden. Allerdings müsse sich die Europäische Union fragen lassen, ob sie wirklich voll hinter diesem Prinzip stehe. Er wies darauf hin, dass es im Ostseeraum immer noch große Lohnunterschiede gebe und dass in Ländern wie Polen und Deutschland die Arbeitslosigkeit nach wie vor ein großes Problem darstelle. Ein dynamisches Wachstum sei daher Voraussetzung für einen höheren Beschäftigungsgrad.

In der sich anschließenden Diskussion herrschte insoweit Übereinstimmung, dass die Redner einmütig die Auffassung vertraten, dass die Nördliche Dimension vor allen Dingen auf dem Gebiet des Umweltschutzes Erfolge hätte, weniger aber in den Bereichen des Arbeits- und Sozialwesens. Daher sollten diese Themen zukünftig besonders in Angriff genommen werden. Er herrschte ebenfalls Einigkeit darüber, dass die Nördliche Dimension sich gegenüber benachbarten Regionen öffnen solle. Dies treffe vor allen Dingen für das Gebiet der Arktis zu.

16. Ostseeparlamentarierkonferenz

Die nächste Tagung der Ostseeparlamentarier wird vom 27. bis 28. August 2007 in Berlin stattfinden.

Christian Weber
(Präsident)

Anlage:

Konferenzresolution in deutscher nichtamtlicher Übersetzung

Weitere Informationsquellen:

Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)
www.bspc.net

Ostseerat
www.cbss-ngo.de

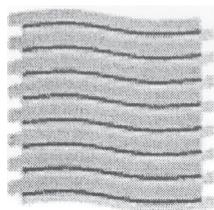
Northern Dimension Environmental Partnership (NDEP)
www.ndep.org

Northern Dimension Partnership in Health and Social Wellbeing (NDPHS)
www.ndphs.org

HELCOM
www.helcom.fi

Nordischer Rat
www.norden.org

BASTUN (Baltic Sea Trade Union Network)
www.bastun.nu



5. September 2006

**Konferenz-Resolution
der 15. Ostseeparlamentarierkonferenz**

Die Teilnehmer der Konferenz *) , gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten und dem Europäischen Parlament, die sich vom 3. bis 5. September 2006 in Reykjavik, Island, versammelten, um Fragen der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, der Nördlichen Dimension und der Europäischen Meerespolitik zu erörtern –

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region auf,

durch koordinierte Maßnahmen die neuen EU-Nachbarländer beim Aufbau einer zivilen und demokratischen Gesellschaft zu unterstützen und den Reformprozess in diesen Ländern zu fördern,

fordern den Ostseerat auf,

das Zusammenwirken zwischen Ostseerat und Ostseeparlamentarierkonferenz durch eine weitere Intensivierung und Förderung des Dialogs und Informationsaustausches zu verstärken,

fordern im Hinblick auf die Nördliche Dimension die Europäische Kommission und die Regierungen von Island, Norwegen und Russland auf,

den Ergebnissen des am 30. Januar 2006 in Kopenhagen veranstalteten Round-Table-Gesprächs über die Nördliche Dimension Beachtung zu schenken und die Mitglieder des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz zu ermutigen, an dem vom Europäischen Parlament im November auszurichtenden Parlamentarischen Forum für die Nördliche Dimension teilzunehmen,

die Partnerschaft im Bereich der Umwelt (NDEP – Northern Dimension Environmental Partnership) und die Partnerschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit sowie der öffentlichen Wohlfahrt (NDPHS – Northern Dimension Partnership in Health and Social Wellbeing) zu unterstützen und weiterzuentwickeln,

auf die Sicherung konkreter Ziele und Finanzierungsmechanismen für die Nördliche Dimension hinzuarbeiten,

sich darum zu bemühen, die vier gemeinsamen Räume der EU und Russlands mit konkreten Inhalten zu füllen,

die Koordination und Kooperation zwischen den regionalen Organisationen in Nord-europa zu verstärken,

die Schaffung einer Partnerschaft in den Bereichen Verkehr und Logistik im Rahmen der Nördlichen Dimension in Erwägung zu ziehen,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat, HELCOM und die EU im Hinblick auf die Europäische Meerespolitik und den Ostseeaktionsplan auf,

auf eine integrierte Meerespolitik hinzuarbeiten, um günstige Rahmenbedingungen für eine wachstumsorientierte, sozial ausgewogene und ökologisch nachhaltige Entwicklung in der Ostseeregion zu schaffen,

*) Baltische Versammlung, Bundesrepublik Deutschland, Bundesversammlung der Russischen Föderation, Dänemark, Estland, Europäisches Parlament, Finnland, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Island, Lettland, Litauen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordischer Rat, Norwegen, Parlamentarische Versammlung des Europarats, Polen, Schleswig-Holstein, Schweden, Stadt St. Petersburg, Åland.

zwischen den zahlreichen konkurrierenden wirtschaftlichen Nutzungen des Meeres einerseits und dem hinreichenden Schutz der Meeresumwelt andererseits eine Ausgewogenheit herzustellen, die eine ökonomisch und ökologische Nutzung der Meere ermöglicht,

Meereswissenschaften und Meerestechnologien auch zu marinen Ressourcen als thematische Priorität in zukünftige Forschungsprogramme aufzunehmen,

eine Harmonisierung der bestehenden Vielfalt politischer und rechtlicher Maßnahmen, Programme und Aktionspläne auf europäischer Ebene im Rahmen der integrierten Europäischen Meerespolitik anzustreben,

eine gemeinsame europäische Fischereipolitik zu verfolgen, die die Besonderheiten der Ostsee berücksichtigt und das Prinzip der nachhaltigen Fischerei durch aktive Mitarbeit im Ostsee-Beirat (RAC – Regional Advisory Committee) umsetzt,

die Zusammenarbeit im Bereich der maritimen Sicherheit und Security insbesondere im Zusammenhang mit Such- und Rettungsmaßnahmen zu verstärken,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion und HELCOM im Hinblick auf die geplante Nordeuropäische Gas-Pipeline (NEGP) auf,

sicherzustellen, dass die Untersuchung der Machbarkeit der geplanten Nordeuropäischen Gas-Pipeline mit hoher Transparenz und unter Beachtung aller einschlägigen internationalen Verpflichtungen durchgeführt wird,

fordern die Regierungen angesichts der bedenklichen Situation in Bezug auf die ungewöhnliche Algenblüte und die leblosen Gebiete auf dem Meeresboden der Ostsee auf,

nachdrücklich alle erdenklichen Maßnahmen und Instrumente zu unterstützen, die der weiteren Reduzierung von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen aus Landwirtschaft, Kommunen, der Schifffahrt und der Industrie dienen,

im gesamten Einzugsbereich der Ostsee die HELCOM-Maßnahmen zur Bekämpfung der Eutrophierung zu unterstützen,

sich aktiv an der für April 2007 geplanten Umwelt- und Landwirtschaftsministerkonferenz des Ostseerats zu beteiligen, um den eigenen Beitrag zu einer weniger eutrophierten Ostsee weiter zu optimieren und die Ergebnisse dieser Konferenz auf der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz im Jahr 2007 in Berlin vorzustellen.

Ferner beschloss die Konferenz,

den Ständigen Ausschuss zu bitten, das Grünbuch der Europäischen Kommission zur Europäischen Meerespolitik im Arbeitsprogramm des Ständigen Ausschusses aufzunehmen, sich an der Diskussion zum Grünbuch zu beteiligen, den Beitrag der Ostseeparlamentarierkonferenz auf der nächsten Sitzung des erweiterten Ständigen Ausschusses zu erörtern und die Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Meerespolitik in Betracht zu ziehen, um die weitere Entwicklung im Anschluss an das Grünbuch-Verfahren zu verfolgen,

auf künftigen Sitzungen des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz auch das Thema Energie auf die Tagesordnung zu setzen,

den Ständigen Ausschuss zu bitten, mit den Arbeitsmarktpartnern eine Diskussion über sozial- und arbeitsmarktpolitische Themen in Gang zu setzen,

die neuen Vorschläge der Ostseerats-Präsidenschaft über eine Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz mit Befriedigung anzuerkennen,

mit Freude zur Kenntnis zu nehmen, dass die teilnehmenden Parlamente beschlossen haben, zur Finanzierung des Sekretariats – wie vom Ständigen Ausschuss vorgeschlagen – einen Beitrag zu leisten,

sich auf der nächsten Konferenz im August 2007 in Berlin mit dem Europäischen Grünbuch für eine integrierte Europäische Meerespolitik, Arbeitsmarktproblemen und Fragen der sozialen Wohlfahrt zu befassen,

begrüßen die Teilnehmer der Konferenz dankbar die freundliche Einladung des Deutschen Bundestags, die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz am 27./28. August 2007 in Berlin abzuhalten.